

**SPD und Ruhrgebiet:  
„Sozialdemokratisierung“ einer Region?**

I. Wer die Geschichte des Ruhrgebiets seit 1945 darstellen will, muß sich mit der sozialdemokratischen Bewegung auseinandersetzen. Vice versa gilt: Wer die Geschichte der Ruhrgebiets-Sozialdemokratie nach 1945 darstellen will, muß sich mit der Sozialgeschichte des Ruhrgebiets auseinandersetzen.<sup>1</sup> Beides fällt schwerer als angenommen, denn die zentralen Interpretationen ruhen eigentümlich konstant und statisch auf einer seit den letzten zwanzig Jahren allmählich angewachsenen Menge historischer Arbeiten, die jedoch in jeder Hinsicht disparat ist. Betrachtet man die Forschungslage genauer, fallen zunächst drei gravierende Probleme auf. Erstens stellen sich die Forschungen für die Zeit nach 1945 als bei weitem nicht so dicht dar wie für die Zeit vor 1945, zweitens überwiegt die Literatur zur Geschichte der Arbeiterschaft und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im westfälischen Teil des Ruhrgebiets bei weitem diejenige zur Geschichte der Arbeiterschaft und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im rheinischen Teil und drittens steckt die regionale sozialhistorische Grundlagenforschung noch in den Kinderschuhen. Diese Defizite lassen sich mit dem Hinweis auf die traditionellen Verwaltungs- und politischen Strukturen, die das Ruhrgebiet seit jeher zerschnitten haben, nicht eskamotieren, denn eine moderne regionale Sozialgeschichte, die mit der Dialektik von „regionaler (politischer) Sozialkultur“ und „regionaler (politischer) Deutungskultur“ arbeitet,<sup>2</sup> kann eine forschungsstrategische Reproduktion dieser Spaltungen und Zersplitterungen des Reviers nicht hinnehmen; sie muß sie um so mehr als eine fundamentale Herausforderung begreifen, die es systematisch anzunehmen gilt.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Insbesondere Stefan Goch schulde ich Dank für kritische Anregungen zu dieser leicht überarbeiteten Fassung meines Vortrags im Kolloquium des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung im Wintersemester 1995/96. Auf die erschöpfende Angabe von Literatur zur Ruhrgebietsgeschichte vor 1945 soll im folgenden weitgehend verzichtet werden. S. statt dessen die bilanzierenden Beiträge von Ralf Himmelmann, Werner Plumpe, Udo Vorholt, Rainer Bovermann und Karl Lauschke sowie das Literaturverzeichnis in: Rainer Bovermann/Stefan Goch/Heinz-Jürgen Priamus (Hg.), *Das Ruhrgebiet - Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen*, Essen 1996, S. 534-571.

<sup>2</sup> So der überzeugende Ansatz bei Karl Rohe, *Regionalkultur, regionale Identität und Regionalismus im Ruhrgebiet*, in: Wolfgang Lipp (Hg.), *Industriegesellschaft und Regionalkultur*, Köln 1984, S. 123-154. S. jetzt auch ders., *Parteien und Parteiensysteme in Nordrhein-Westfalen. Traditionen und Mentalitäten nach 1946*, in: Wolfram Köhler (Hg.), *Nordrhein-Westfalen: Fünfzig Jahre später*, Essen 1996, S. 8-26.

<sup>3</sup> Erste geschlossener und sehr verdienstvolle Antworten auf diese Herausforderung geben die von Jürgen Reulecke herausgegebene inzwischen schon „klassische“ Aufsatzsammlung: *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen*, Wuppertal 1974, und vor allem das von Wolfgang Köllmann u.a. herausgegebene, historiographisch angelegte *Ruhrgebietshandbuch*, wobei manche der in ihm enthaltenen Studien unzureichende systematische Grundlagenforschungen zwar zu überbrücken, aber nicht vergessen zu machen vermögen. Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung*, 2 Bde., Düsseldorf 1990. Das größte Defizit des Handbuchs

Die folgende Skizze versteht sich als ein sehr vorläufiger und noch stark begrenzter Versuch, die Sozialgeschichte der Ruhrgebietssozialdemokratie in ihren Entwicklungsphasen von 1945 bis zu den 1970er Jahren nachzuzeichnen, wobei die Ergebnisse der neuesten Literatur im Zusammenhang mit den herkömmlichen Interpretationsmustern diskutiert werden. Es wird sich dabei rasch herausstellen, daß dieser Essay weder ein ausgefeiltes analytisches Programm noch abschließende Befunde liefern, aber einen Problemauflaß mit interpretativen Aspekten bieten mag, der zu weiteren, theoretisch und empirisch fundierten, Spezial- und Regionalstudien anregen möchte.

Es kann hier nicht der Versuch gemacht werden, mit den Forschungen zur Geschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegungen des Ruhrgebiets nach 1945 im einzelnen ins Gericht zu gehen,<sup>4</sup> doch soll einleitend wenigstens auf die allgemeinen Richtungen der neueren Forschung hingewiesen werden, da sie zugleich mit den dominierenden Erklärungen für den Aufstieg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an Rhein, Ruhr und Emscher verwoben sind. Grob lassen sich die Umrisse von vier Forschungsrichtungen ausmachen: Erstens die maßgeblich von Karl Rohe angeregte historische Milieu- und Wahlforschung oder „Political-Culture-Forschung“,<sup>5</sup> zweitens der vom LUSIR-Projekt stark inspirierte, wenngleich inzwischen wieder stark rückläufige Oral-History-Ansatz,<sup>6</sup> drittens eine Reihe neuerer Studien, die über die Analyse betrieblicher Mikropolitiken einen Zusammenhang zwischen der Geschichte industriellen Wandels und der Arbeitergeschichte herstellen<sup>7</sup> sowie viertens eine sozialhistorisch informierte, jedoch eher politikgeschichtlich ausgerichtete Historiographie, die in lokalen Längsschnittstudien oder regionalen Darstellungen das mühsame Geschäft der Synthese betreibt.<sup>8</sup> Jede dieser Forschungsrichtungen beruht auf jeweils

---

liegt darin, daß uns das Ruhrgebiet ohne politische Formationen dargestellt wird, obgleich es für das Zentrum, die KPD und später die SPD einen Hochburgencharakter besaß.

<sup>4</sup> Vgl. allg. Siegfried Heimann, Die Sozialdemokratie: Forschungsstand und offene Fragen, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1983, 147-186; für das 19. Jahrhundert: Karl Ditt, Neuerscheinungen zur Geschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet und südlichen Westfalen während des 19. Jahrhunderts, in: Westfälische Forschungen 39 (1989), S. 520-533; für die Weimarer Republik: Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet 1918 bis 1933, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 2: Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Wuppertal 1984, S. 333-348; ferner Stefan Goch, Stadtgeschichtsforschung im Ruhrgebiet. Ein Forschungs- und Literaturbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 34 (1994), S. 441-475.

<sup>5</sup> S. neben den Aufsätzen von Karl Rohe jetzt auch die hart quantifizierende, politisch-soziale Milieustudie von Rainer Bovermann über Dortmund: Das „rote“ Rathaus. Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945-1964, die manchen groben Befund von Rohe widerlegt.

<sup>6</sup> Vgl. die aus dem Projekt hervorgegangenen Beiträge in den von Lutz Niethammer u.a. herausgegebenen Sammelbänden: Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, 3 Bde., Bonn 1983-1985.

<sup>7</sup> Vgl. etwa Matthias Henke, Die Europäische Eisen- und Stahlindustrie. Die Standortqualität ausgewählter EG-Ansiedlungszentren im Vergleich; Eckart F. Nausch, Die Entwicklung der deutschen und französischen Stahlindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg und ihr Einfluß auf die Verankerung eines grundsätzlichen Subventionsverbots für Stahl im Montan-Vertrag von 1952, Köln 1988.

<sup>8</sup> Vgl. Stefan Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848-1975, Düsseldorf 1990; Bernd Faulenbach/Günther Högl/Karsten

spezifischen historiographischen Methoden, hegt eigene Vorlieben und Abneigungen gegenüber den zu untersuchenden historischen Gegenständen, bildet spezifische Zäsuren und ist ebenso ausgreifend konzipiert wie disparat realisiert, so daß sich bei jeder Richtung sowohl eher frugale Arbeiten als auch ambitionierte Studien finden. Jede Richtung kann beanspruchen, Aspekte des Aufstiegs der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet schlüssig erklären und empirisch abstützen zu können.

Der Aufstieg der SPD im Ruhrgebiet nach 1945 wird allgemein als ein Prozeß der 'Sozialdemokratisierung' hingestellt,<sup>9</sup> wobei diese Charakterisierung zwischen angestrebter analytischer Begriffsbildung und metaphorischer Redeweise schwankt. Offenbar begann die historiographische Karriere dieses Begriffs mit einer Examensarbeit aus dem Jahr 1981. Die Verfasserin, Elke Wolff, hatte ihrer schriftlichen Hausarbeit den Titel „Frühe und späte Sozialdemokratisierung von Ruhrgebietsgemeinden zur Zeit des Kaiserreichs“ gegeben und in ihr - so verrät es bereits der Untertitel - die sozialkulturellen Grundlagen unterschiedlichen lokalen Wahlverhaltens untersucht. Mittlerweile bezeichnet der Begriff jedoch in der Ruhrgebietsforschung zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht nur einen Prozeß sozialkulturellen Wandels; er wird ebenso synonym für die Erringung einer hegemonialen Stellung der SPD verwendet oder um einen spezifischen politischen Stil,<sup>10</sup> die Ausprägung einer regionalen politischen Kultur oder eine singuläre wahlhistorische Entwicklung<sup>11</sup> zu kennzeichnen, wobei die konkreten Inhalte, die Leistungen, Grenzen und Defizite sozialdemokratischer Politik zumeist zugunsten der Anpassung des politischen Akteurs an säkulare Trends oder von außen geschaffene Konstellationen in den Hintergrund gedrängt werden.<sup>12</sup> Gerade ein facettenreicher Begriff von Sozialdemokratisierung sollte dieses Moment, die Dimensionen politischen Handelns und Lernens, nicht ausklammern,

---

Rudolph (Hg.), Vom Außenposten zur Hochburg der Sozialdemokratie. Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen 1893-1993, Essen 1993.

<sup>9</sup> Rohe spricht z. B. vom „'Sozialdemokratisierungsgrad' der Region“, vom „Trend zu einer 'Sozialdemokratisierung' der politischen Landschaft“ oder „Sozialdemokratisierungsprozessen“. Karl Rohe, Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagenburg der SPD. Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1987), S. 510, 517, 518; Goch konstatiert eine „teilweise unbewußt“ entwickelte „Sozialdemokratisierungsstrategie“ und die „Sozialdemokratisierung Gelsenkirchens“. Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 470, 486.

<sup>10</sup> Michael Zimmermann, „Geh zu Hermann, der macht dat schon.“ Bergarbeiterinteressenvertretung im nördlichen Ruhrgebiet, in: Lutz Niethammer (Hg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet (= Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. 2), Bonn 1983, S. 277-310.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu etwa Karl Rohe, Vom Revier zur Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, Politische Kultur, Essen 1986; Bernd Faulenbach, Die Herausbildung eines neuen sozialdemokratischen politischen Milieus nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Peter Friedemann/ Gustav Seebold (Hg.), Struktureller Wandel und kulturelles Leben. Politische Kultur in Bochum 1860-1990, Essen 1992, S. 450-458.

<sup>12</sup> Vgl. Arno Klönne, Die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen. Historische Verankerung und heutiges Profil, in: Ulrich von Alemann (Hg.), Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985, S. 69-90, und jetzt auch die das kommunalpolitische Handeln akzentuierenden Aufsätze von Margit Wiegold-Bovermann, in: Dies. (Hg.), Kommunalpolitik für Gelsenkirchen, Essen 1995.

zumal wenn es um die historische Erklärung eines erstaunlichen politischen Phänomens geht. Der zentrale äußere Indikator für den Erfolg einer politischen Partei unter den Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie sind ihre Wahlergebnisse. An ihnen soll der rasante Aufstieg der Ruhrgebiets-Sozialdemokratie nach 1945 kurz vorgestellt werden (II), bevor der Prozeß der „Sozialdemokratisierung“ entlang der neueren Forschungsergebnisse und bisweilen quer zu älteren Interpretationen rekonstruiert wird (III) und einige grundsätzliche Überlegungen zum Abschluß vorgetragen werden (IV).

II. Zerstoben die Blühträume einer raschen Rekonstruktion der klassischen Zentren der mitteleuropäischen Sozialdemokratie in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt im Laufe des Jahres 1990, so behaupteten die Sozialdemokraten ihre Ruhrgebiets-Hochburg auch nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik,<sup>13</sup> wie Ergebnisse der Wahljahre 1994/95 eindrucksvoll belegen: Bei der Landtagswahl am 14. Mai 1995 gab die SPD zwar wie im Landesdurchschnitt so auch im Gebiet des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR) nach, doch lag sie mit 55,5% der gültigen Stimmen immerhin noch 9,5 Punkte über ihrem Landesergebnis und 26 Prozentpunkte vor der CDU. Bei den gleichzeitig mit der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 durchgeführten Kommunalwahlen fielen diese Abstände etwas geringer aus: Die Abstände zum Landesdurchschnitt betragen 8,8 und zur CDU 18,3 Prozentpunkte. Noch markanter fielen die Abstände bei der Bundestagswahl aus: Hier lag die SPD im Ruhrgebiet 26,8 Punkte vor ihrem Bundesergebnis und 22,6 Punkte vor der CDU. Mit Ausnahme der SPD lagen die KVR-Ergebnisse sämtlicher Parteien unter ihren bundesdurchschnittlichen Resultaten.<sup>14</sup>

Obwohl der Anteil der wahlberechtigten Bundesbürger, die ihren Wohnsitz im Ruhrgebiet haben, mit der deutschen Vereinigung unter die 10-Prozent-Marke rutschte, blieb der Anteil der Ruhrgebiets-SPD-Stimmen für das Gesamtergebnis der Partei auch nach 1990 nahezu

---

<sup>13</sup> Rechnet man aber die Wahlergebnisse von SPD und PDS zusammen und stellt diese denjenigen der bürgerlichen Parteien gegenüber, dann schließen sie rein rechnerisch an die Wahlergebnisse des sozialistischen Lagers in Weimar durchaus an. In der Weimarer Republik lagen SPD, USPD und KPD in Sachsen und Thüringen zunächst um die 50-Prozent-Marke, nach 1923 sanken sie ab. Nur in Anhalt hielt sich die SPD bis 1932 an der Regierung. Vgl. jetzt für Sachsen Frank Heidenreich, Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933, Weimar etc. 1995; Karsten Rudolph, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871-1923), Weimar etc. 1995; Simone Lässig, Wahlrechtskampf und Wahlreform in Sachsen (1895-1909), Weimar etc. 1996; für Thüringen die Beiträge in: Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph (Hg.), Zwischen Saale und Elbe, Essen 1993, sowie Franz Walther, Von der roten zur braunen Hochburg: Wahlanalytische Überlegungen zur Resonanz der NSDAP in den beiden thüringischen Industrielandschaften, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hg.): Nationalsozialismus in Thüringen, Weimar etc. 1995, S. 143-164; für Anhalt vgl. Torsten Kupfer: Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt. Politik, innerparteiliche Demokratie und Sozialstruktur 1918 bis 1933, Weimar etc. 1996.

<sup>14</sup> Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW.

konstant.<sup>15</sup> Weithin unangefochten eroberte die SPD hier bei den Wahlen von 1990 und 1994 das Gros ihrer Direktmandate für das Bundesparlament.

Das war mitnichten immer so. Seit den Anfängen der sozialistischen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet beschäftigte sich die Partei vielmehr mit der Frage, die in einer Festschrift-Gabe des örtlichen Parteivereins an den 1907 in Essen tagenden Parteitag so formuliert wurde: „Warum stellt der hochindustrielle Teil Deutschlands für die sozialistische Parteibewegung und für die freigewerkschaftlichen Organisationen verhältnismäßig weniger Mitstreiter als industriell längst nicht so fortgeschrittene Landesteile?“<sup>16</sup> Der Frage folgte ein vierzigseitiges Lamento, aus dem zwei Antworten hervorrugten, die in der historischen Forschung bis heute eine wichtige Rolle spielen. Die ‚Verspätung‘ der Revier-Sozialdemokratie, so wurde argumentiert, sei einerseits der konservativ-klerikalen Agitation, andererseits der massiven Zuwanderung fremder Arbeiter aus den agrarischen Regionen des Ostens geschuldet.

Diese vermeintliche Verspätung, von der auch in der neueren Forschung die Rede ist,<sup>17</sup> läßt sich bei genauerer Betrachtung allerdings nicht als ein Sonderfall hinstellen, denn die Hochburgen der sozialistischen Arbeiterbewegung des wilhelminischen Kaiserreichs lagen entweder in gewachsenen Großstädten oder in frühindustrialisierten, kleingewerblich und mittelständisch dominierten, protestantischen Regionen mit einer starken Tradition demokratischer Bewegungen, aber eben nicht in den späteren hochindustriellen Ballungsräumen mit gemischt-konfessioneller oder vorwiegend katholischer Bevölkerung. Das Ruhrgebiet wäre demnach am mitteldeutschen Industriegebiet um Halle und Merseburg, nicht aber am „roten Königreich“ Sachsen zu messen.

Vor diesem Hintergrund hatte die Ruhrgebiets-Sozialdemokratie durchaus respektable Fortschritte zu verzeichnen. Gestützt auf den überwiegend evangelischen, westfälischen Teil des Reviers gelang es ihr, gegen das und neben dem katholischen und nationalen ein sozialistisches Lager aufzubauen, das bei der Reichstagswahl von 1912 in der „urbanen Kernzone“ des Ruhrgebiets unter Einbeziehung des politisch schwer zu beackernden Landkreises Recklinghausen<sup>18</sup> 34% der Wahlberechtigten zu mobilisieren und immerhin 1,2 Prozentpunkte über dem nationalen Ergebnis abzuschließen vermochte.

---

<sup>15</sup> Einen komprimierten Überblick über die Bundestagswahlen im Ruhrgebiet von 1949 bis 1983 bietet der Beitrag von Bernhard Rechmann, Bundestagswahlen im Ruhrgebiet seit 1949, in: Ruhrgebiet aktuell 9 (1986), Ausgabe Dezember, S. 2-4.

<sup>16</sup> Vor dreißig Jahren, in: Die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet. Eine Gabe an den Partei-Tag 1907 vom Sozialdemokratischen Verein, Kreis Essen. Mit einem Anhang: Essen im Wandel der Zeit. Nachdruck der Ausgabe von 1907, hrsg. v. Walther Wehner, Essen 1981, S. 1.

<sup>17</sup> Karl Rohe, Die „verspätete“ Region. Thesen und Hypothesen zur Wahlentwicklung im Ruhrgebiet vor 1949, in: Peter Steinbach (Hg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1982; Lutz Niethammer, Alltagserfahrung und politische Kultur. Beispiele aus dem Ruhrgebiet, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 2: Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Wuppertal 1984, S. 367.

<sup>18</sup> Ich folge hier Rohe, Vom sozialdemokratischen Armenhaus, S. 512. Mag es für die Einbeziehung des gesamten Landkreises Recklinghausen in eine urbane Kernzone Ruhrgebiet noch Gründe geben, so ist die

In dieser Perspektive bildete die Weimarer Republik die eigentliche „Wasserscheide“<sup>19</sup> in der Entwicklung der sozialistischen Bewegung des Ruhrgebiets. Zwar konnte das sozialistische Lager insgesamt seinen Wähleranteil in etwa behaupten, doch zersplitterte es angesichts des nahezu permanenten Ausnahmezustands und der latenten Bürgerkriegssituation in marginale linkssozialistische und rechtskommunistische Gruppierungen, temporär starke syndikalistische Bewegungen sowie eine wachsende kommunistische und eine rezessive autoritär-sozialdemokratische Strömung. Der Niedergang der klassischen sozialistischen Arbeiterbewegung basierte weniger auf stummen ökonomischen und sozialstrukturellen Brüchen, als vielmehr auf einer insgesamt verfehlten, intransigenten (mehrheits-)sozialdemokratischen Ordnungspolitik, die die demokratischen Potentiale hochmotivierter neuer sozialer Bewegungen nicht ausschöpfte, die Hoffnungen weiter Teile der politisierten Industriearbeiterschaft enttäuschte, jegliche radikalen Tendenzen gleich unter das Anarchismusverdikt stellte und notfalls mit Hilfe des Militärs bekämpfte, der es aber nicht gelang, die Arbeiterschaft für Perspektiven einer sozialen Demokratie zu gewinnen.<sup>20</sup>

Die „starke Vergewerkschaftung der Partei und ihrer Politik“, die Carl Mierendorff für den Immobilismus der SPD im Angesicht der Präsidialdiktatur verantwortlich machte,<sup>21</sup> war im Ruhrgebiet mit Händen zu greifen. Die Einbindung des ADGB in die von Hugo Stinnes und Hans von Raumer in den letzten Kriegstagen lancierte Zentrale Arbeitsgemeinschaft (ZAG) engte den Handlungsspielraum der Gewerkschaften - etwa in der Sozialisierungs- und Mitbestimmungsfrage - ein und bewirkte eine Aufweichung des Zusammenhalts von protestierender Arbeiterschaft und traditioneller Arbeiterbewegung.<sup>22</sup> Schon während der Revolution 1918/19 verloren sowohl der ADGB als auch die SPD die politische Initiative im Ruhrgebiet und konnten sie bis zum Ende der Republik nicht mehr zurückgewinnen. Nach dem Desaster der Märzrevolution von 1920, die auf der Linken nur Verlierer kannte, was jedoch bei der scharfen Frontstellung zwischen den Kämpfern der Roten Ruhrarmee und den nach Ordnung rufenden mehrheitssozialdemokratischen Funktionären zumeist überspielt wird,

---

Herausnahme der Stadt Hattingen nicht mehr verständlich. Bis heute fehlt eine den Standards historischer Wahlforschung entsprechende statistische Dokumentation der Wahlergebnisse im Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert.

- <sup>19</sup> Rohe, Vom sozialdemokratischen Armenhaus, S. 527 bezeichnet die „NS-Zeit als eine Art Wasserscheide ..., die die zerklüftete politische Gesellschaft des alten Reviers von einer zunehmend sozialdemokratisch nivellierten Nachkriegsgesellschaft trennte“. Differenzierter argumentiert Bernd Faulenbach, Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets - „naturwüchsiger Prozeß“ oder „Ergebnis ehrlicher Arbeit“?, in: ders./ Günther Högl (Hg.), Eine Partei in ihrer Region, 3. Aufl., Essen 1994, S. 142-149.
- <sup>20</sup> Vgl. hierzu jetzt die zurückhaltend urteilende Darstellung bei Uwe Schledorn, Für die soziale Republik. Die westlich-westfälische Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, in: Faulenbach u.a., Vom Außenposten zur Hochburg, S. 77-91.
- <sup>21</sup> Carl Mierendorff, Aufbau der neuen Linken, in: Marxistische Tribüne 2 (1932), Nr. 4 v. 15.2.1932, S. 120-124.
- <sup>22</sup> S. Hans Mommsen, Das Dilemma Tarifpolitik. Die Politisierung der industriellen Arbeitsbeziehungen in der Weimarer Republik, in: Karsten Rudolph/ Christl Wickert (Hg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 211-223.

erhielt die MSPD bei den Reichstagswahlen die Quittung. Im Norden des Reviers lag sie abgeschlagen hinter der KPD, die das linksradikale Protestpotential aufsaugte. Die Reichstagswahl von 1928 verschaffte der SPD nur kurzzeitig die Hoffnung auf eine positive Entwicklung, denn bei den Wahlen vom 31. Juli 1932 wurde sie auf breiter Front von der KPD regelrecht überrollt. In nicht wenigen Städten landete die isolierte Partei nach der KPD, dem Zentrum und der NSDAP, die sich betont proletarisch gab, abgeschlagen auf dem vierten Platz in der Wählergunst.

Entgegen den vollmundigen Ankündigungen vermochte das NS-Regime die „Volksgemeinschaft“ allenfalls vorzutäuschen, aber nicht, sie zu realisieren.<sup>23</sup> Auch die Vermutung Rohes, der Nationalsozialismus habe der Nachkriegsgesellschaft (und somit dem Aufstieg der SPD) im Ruhrgebiet den Boden bereitet, kann nicht überzeugen. Plausibler erscheint es zu argumentieren, daß die im Kern rückwärtsgewandten, rassebiologisch unterlegten politischen und sozialkulturellen Formierungsversuche des Nationalsozialismus eine sekundäre Stabilisierung der seit dem Ersten Weltkrieg in einem fortschreitenden Wandlungsprozeß begriffenen, von M. Rainer Lepsius für das Kaiserreich trefflich skizzierten sozial-moralischen Milieus<sup>24</sup> bewirkten, die erst durch die Bevölkerungswanderungen und Produktionsverlagerungen unter den Bedingungen des Bombenkrieges erschüttert wurden.

III. Im Ruhrgebiet überwog in der Situation des ökonomischen und politisch-moralischen Zusammenbruchs die Revitalisierung herkömmlicher Vergemeinschaftungs- und Vergesellschaftungsmodi, die Reaktivierung bekannter Konfliktformen zur Neubelebung klassischer Milieus und die Renaissance traditioneller Integrationsideologien, selbst wenn allerorts feierlich beteuert wurde, neu beginnen zu wollen.<sup>25</sup> Auch die formalen Neugründungen der bürgerlichen Parteien landeten personell, politisch und programmatisch zunächst wieder dort, wo ihre Vorläufer am Ende der Weimarer Republik gescheitert waren. Die Bezüge der CDU zur früheren Zentrumspartei, mithin zum alten katholischen Milieu, zum Klerus und zur katholischen Soziallehre traten bald ebenso hervor, wie die Kontinuität eines liberalen und demokratischen Nationalismus, der mit der DVP und DDP/Deutschen Staatspartei in der ersten Republik gescheitert war und nun in Form einer als „nationale Sammlungspartei“

---

<sup>23</sup> Vgl. hierzu neuerdings: Bernd Weisbrod, Der Schein der Modernität. Zur Historisierung der „Volksgemeinschaft“, in: ebd., S. 224-242.

<sup>24</sup> Zum Begriff des sozial-moralischen Milieus s. den klassischen Aufsatz von M. Rainer Lepsius, Parteien-system und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25-50.

<sup>25</sup> Zu den Begriffen s. Michael Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Anpassung, Köln 1993, S. 69ff. Empirische Belege zum Fortbestehen der tradierten Milieus bei Everhard Holtmann, Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland, Opladen 1987, S. 224ff.; s.a. Bovermann, Das „rote“ Rathaus.

konzipierten FDP weiterlebte.<sup>26</sup> Am deutlichsten traten die Kontinuitäten im sozialistischen Lager zutage, in dem die Gegnerschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten so- gleich wieder aufbrach. Das geflügelte Wort, „die alte Sozialdemokratie ist wieder da“, ließ sich auch im Ruhrgebiet vernehmen.

Die „Antifaschistischen Ausschüsse“ waren hingegen situativer Natur und dementsprechend episodenhaft.<sup>27</sup> Versuche zur Bildung einer „Union deutscher Sozialisten“, wie sie insbe- sondere von aus dem Exil zurückgekehrten Angehörigen früherer sozialistischer Kleingrup- pen unternommen wurden, fanden lediglich in Bochum Resonanz, die zudem nur begrenzt und vorübergehend war. Ob am Niederrhein oder im Westlichen Westfalen: der Wie- deraufbau der Parteiorganisation ging von den Weimarer Funktionären des Bezirks und der Unterbezirke als „öffentlichen Erinnerungsträgern“ aus, die die unterbrochenen oder in den privaten Bereich abgewiesenen Verbindungen wiederherstellten, sobald die Front sie über- rollt hatte.<sup>28</sup> In einer „Zusammenbruchsgesellschaft“ (Christoph Kleßmann) ohne festge- fügte politische Strukturen und ohne gefestigte Institutionen war ein solcher Kommunikati- onszusammenhang nicht wenig. Kurt Schumachers einleuchtendem Appell zum Aufbau ei- ner linken Volkspartei und deshalb zum Verzicht auf die Wiederbegründung des alten Vor- feldes befolgte man eher aus Kräftermangel denn aus innerer Überzeugung. Ein - wenngleich gelichtetes - Vorfeld war mit der Arbeiterwohlfahrt, dem Arbeitersamariterbund, dem Touri- stenverein „Die Naturfreunde“ und der „Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken“ bald wieder aufgebaut; daneben wurden wieder Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, Bil- dungsstätten eingeweiht und Zeitungen herausgegeben. Der Wiedereintritt in die Sozialver- waltungen und das Genossenschaftswesen sowie das trotz bürgerlich orientierter Amtsleiter außergewöhnlich erfolgreiche Eindringen in die Verwaltungen der Ruhrgebietskommunen schufen die Voraussetzungen dafür, die zerstörten Verbindungen zwischen Wohnort, Ar- beitswelt und politischen Institutionen wieder aufzunehmen und dichter als je zuvor zu

---

<sup>26</sup> Weiterhin grundlegend, da aus einer breiten Quellenbasis gearbeitet, ist die Studie von Hartmut Pietsch, *Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945-1948*, Duisburg 1978.

Vgl. ferner Helga Grebing, *Neubeginn oder Wiederaufbau. Die Anfänge der politischen Willensbildung in Westdeutschland 1945-1949*, in: *Neue Gesellschaft* 32 (1985), S. 416-428. Zur FDP s. Dieter Hein, *Zwischen Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949*, Düsseldorf 1985; zur CDU s. Dorothee Buchhas/ Herbert Kühr, *Von der Volkskirche zur Volkspartei. Ein analytisches Stenogramm zum Wandel der CDU im rheinischen Ruhrgebiet*, in: Herbert Kühr (Hg.), *Vom Mileu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Königstein/Ts. 1979*, S. 136-232.

<sup>27</sup> Lutz Niethammer/ Ulrich Borsdorf/ Peter Brandt (Hg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung*, Wuppertal 1976; nüchterner im Urteil und durch die neueren Forschungen im Ruhrgebiet bestätigt: Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin/Bonn 1982, S. 40ff.

<sup>28</sup> Für ein lokales Beispiel vgl. H. Peter Rose, „Nach langen Jahren der Unterdrückung...“. Die Wiedegründung der SPD am Beispiel des Ortsvereins Ückendorf, in: Hans-Jürgen Priamus u.a. (Hg.), *Sozial und demokratisch. Ein Lesebuch zur Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Gelsenkirchen*, Bd. 1: 1869 bis 1949, Gelsenkirchen 1988, S. 242-254.

knüpfen. Sie bildeten auch in den Diaspora-Gebieten des Ruhrgebiets die Basis für einen Politikstil der sogenannten „basisnahen Stellvertretung“<sup>29</sup> und Regenerierung der Sozialdemokratie. Wie Everhard Holtmann am Beispiel von Unna und Kamen gezeigt hat, spielten die Parteien keineswegs eine den Verwaltungsentscheidungen unterworfenen Rolle, die sie auf reine Organisations- und Propagandamaßnahmen beschränkte.<sup>30</sup>

Die wieder in das Licht der Öffentlichkeit tretenden Sozialdemokraten Weimars waren wegen ihrer persönlichen Leidenswege durch die Lager und Gefängnisse der Diktatur in besonderer Weise moralisch legitimiert, den politischen Anspruch auf die Lenkung der Geschichte des Gemeinwesens zu erheben. Die Partei schien wegen ihrer Opposition gegen den Nationalsozialismus, ihrer zahlreichen Warnungen vor dem NS-Regime und der bestätigten Prognose, daß Hitler Krieg bedeute, in besonderer Weise politisch-moralisch legitimiert, die politische Führung zu übernehmen. Fühlte sich die Mehrheitssozialdemokratie noch 1918 als Nachlaßverwalter eines ungeliebten Systems, so dominierte nun die feste Überzeugung, jetzt „endlich dran zu sein“. Daß - wie Heinrich August Winkler gemeint hat - nach 1945 fast alles anders war als nach 1918, weil sich die äußere Konstellation grundlegend gewandelt hatte, konnte deswegen von den reformorientierten Kräften in der SPD nicht sogleich genutzt werden.<sup>31</sup> Trotz mancher energischer Versuche, mit der evangelischen Kirche eng zu kooperieren, die HJ-Generation in die Partei zu integrieren und tradierte Ideologeme zu überwinden, gelang der Aufbau der SPD als linke Volks- und soziale Reformpartei im Ruhrgebiet nicht. Der katholische Klerus hielt an seiner anti-sozialdemokratischen Frontstellung starr fest, die evangelische Kirche blockierte die Fortschritte im Verhältnis zu den Sozialdemokraten wegen des nordrhein-westfälischen Schulstreits, und das Gros der HJ-Generation konnte nicht für die Parteiarbeit gewonnen werden. Die erfolgreichen Anstrengungen im Unterbezirk Unna, ehemalige HJ-Aktive zu erreichen, bildeten eine Ausnahmeerscheinung und keineswegs die Regel, wie bisweilen kolportiert wird. Eher nahm die

---

<sup>29</sup> Ulrich Herbert, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Lutz Niethammer/ Alexander von Plato (Hg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern (= Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet Bd. 3), Bonn 1985, S. 35ff.; Alexander von Plato, Nachkriegssieger. Sozialdemokratische Betriebsräte im Ruhrgebiet. Eine lebensgeschichtliche Untersuchung, in: ebd., S. 277-310; Zimmermann, „Geh zu Hermann“ sowie ders., Basisnahe Stellvertretung. Zur sozialdemokratischen Dominanz im Ruhrgebiet, in: Revierkultur 2 (1987), S. 45-53.

<sup>30</sup> Vgl. Hartmut Pietsch, Der Neubeginn städtischer Verwaltungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1945-1948, in: Kurt Düwell/ Wolfgang Köllmann (Hg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1984, S. 203; Holtmann, Politik und Nichtpolitik, S. 214ff. sowie die instruktiven Kurzberichte in: Neuer Aufbruch zu alten Ufern? Über die Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im SPD-Bezirk Westliches Westfalen, hrsg. v. SPD-Bezirk Westliches Westfalen, Dortmund 1992, und Karl Lauschke/Udo Vorholt, „Demokratie unser Weg, Demokratie unser Ziel“. Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen in den ersten Nachkriegsjahren, in: Faulenbach u.a., Vom Außenposten, S. 161-207.

<sup>31</sup> Heinrich August Winkler, Der Weg der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (1985), S. 820.

HJ-Generation den Umweg über die Gewerkschaftsarbeit wie in Bottrop, aber auch dieser sollte nicht überschätzt werden.<sup>32</sup>

Erstaunlich ist freilich, daß, obwohl das NS-Regime die Politik und das in sie gesetzte Vertrauen gründlich zerstört hatte und obwohl sich die Entpolitisierung im Nachkriegselend fortsetzte, die Mitgliedszahlen der Parteien schon bald wieder anwuchsen.<sup>33</sup> Im Bezirk Westliches Westfalen war innerhalb von nur wenigen Monaten der Stand von 1922 wieder erreicht. Für diesen Aufschwung spielten indes unterschiedliche Gründe eine Rolle: viele alte und neugewonnene Überzeugungen, mancher politische Opportunismus („Wir sind jetzt alle Sozialdemokraten!“), bisweilen Aufenthaltsmöglichkeiten in Wärmestuben und belegte Brote in den Versammlungen und immer wieder die Erfahrung freiheitlicher Solidarität.

Die ersten freien Wahlen nach vierzehn Jahren, die Kommunalwahlen von 1946, fanden unter einer hohen Wahlbeteiligung statt und bescherten der SPD eindrucksvolle Erfolge. Die Lizenzierungspraxis der Militärregierung begünstigte die Herausbildung eines Drei-Parteien-Systems, wovon vor allem die SPD und die CDU profitierten. Aufgrund des von der britischen Militärregierung verfügten, am Mehrheitswahlssystem ausgerichteten Kommunalwahlrechts erzielte die SPD die im Kaiserreich und der Weimarer Republik herbeigesehnten absoluten Mehrheiten in den Stadträten von Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund und Oberhausen, mit denen endlich ohne Komplikationen und koalitionspolitische Rücksichtnahmen Sozialdemokraten zu Stadtoberhäuptern gemacht werden konnten.<sup>34</sup> Aber auch in der Diaspora konnte die SPD endlich nennenswerte Erfolge erzielen. In Bottrop, wo die Ergebnisse der SPD in der Weimarer Republik unter 10% der Wahlberechtigten gelegen und das Zentrum und die KPD stets einen großen Vorsprung besessen hatten, lag die SPD nun mit der CDU mit 23,6% der Wahlberechtigten gleichauf. Dennoch wurde die CDU zur stärksten Kommunalpartei des Ruhrgebiets. Sie verfügte über Mehrheiten in Duisburg, Essen, Herne, Mülheim, Recklinghausen und Herne-Eickel.<sup>35</sup>

Zum politischen Umschwung kam es bei den Kommunalwahlen 1947/48, mit denen die Rathäuser der Ruhrgebietsgroßstädte mit Ausnahme von Bottrop und Recklinghausen „rot“ wurden, wobei der SPD die Spaltung des politischen Katholizismus in CDU und Zentrumspartei entgegenkam. Seitdem baute sie ihre Mehrheiten weiter aus.<sup>36</sup> Bei den Kommunal-

---

<sup>32</sup> Everhard Holtmann, Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Martin Broszat u.a. (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988, S. 169-210; Uwe Dorow, Die SPD Bottrop von 1945 bis 1948, in: Neuer Aufbruch zu alten Ufern?, S. 37.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu Holtmann, Politik und Nichtpolitik, S. 145ff.

<sup>34</sup> Die extreme Verzerrung der Stimmenergebnisse läßt sich etwa am Beispiel Gelsenkirchens zeigen, wo die SPD bei der Gemeindevertretungswahl am 13.10.1946 37,9% der gültigen Stimmen und 71,1% der Sitze erhielt. Die KPD erzielte 17,9% der Stimmen, aber nur 2 Sitze. Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Tab. 79, S. 426.

<sup>35</sup> Uwe Dorow, Sozialdemokratische Mandatsträger von 1945 bis 1961 in Bottrop, Staatsexamensarbeit Essen 1986, S. 12.

<sup>36</sup> S. die Tab. 1 bei Bovermann, Das „rote“ Rathaus, S. 13ff.

wahlen von 1956 läßt sich schließlich nicht mehr ohne weiteres ausmachen, ob die kommunale Hegemonie der SPD auf früheren nationalsozialistischen, kommunistischen oder den eigenen Hochburgen fußte.<sup>37</sup>

Neben den Kommunen bildete die Einheitsgewerkschaft den zweiten Stützpfiler der Ruhrgebiets-Sozialdemokratie. Die Kommunisten wurden von einer sozialdemokratisch-christlichen Allianz erst aus den Gewerkschaftsapparaten, dann aus den Betriebsräten gedrängt.<sup>38</sup> Die Organe der Montanmitbestimmung wurden von vornherein mit sozialdemokratischen Gewerkschaftern besetzt.<sup>39</sup>

In den katholisch geprägten Diaspora-Bereichen stützte sich die SPD mangels kommunaler Mehrheiten vorwiegend auf die Einheitsgewerkschaften, namentlich auf die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE), die insbesondere für die eingewanderten Neubergleute eine Art „Durchgangsschleuse zur SPD“<sup>40</sup> bildete. Nach der Umstellung von der Betriebs- und Schachtgewerkschafts- auf die Ortsgruppenorganisation gelang es der Gewerkschaftsführung, die KPD-Bastionen „vor Ort“ zu umgehen, dann nach und nach zu schleifen und schließlich sozialdemokratische Orientierungen breit zu verankern. Unabhängig davon vermochte die KPD, als „Russenpartei“ diskreditiert, nicht mehr an ihre Weimarer Glanzzeit anzuknüpfen. Endgültig nach dem KPD-Verbot entwickelte sich die SPD zur unbestrittenen Vertretung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Da auf der anderen Seite die FDP angesichts der Entlegitimierung des Nationalismus durch den Nationalsozialismus und der nationalistischen Agitation der Schumacherschen SPD nicht imstande war, national disponierte bürgerliche oder proletarische Wähler in nennenswertem Umfang zu gewinnen, brach die SPD in dieses im Ruhrgebiet traditionell starke Wählerlager ebenfalls ein. Daneben profitierte sie allmählich stärker von der „säkularisierten“ HJ-Generation, die einer „katholizierten“ CDU skeptischer gegenüberstand als einer pragmatischen Sozialdemokratie. Die - wenn man so will - ruhrgebietsweite „Sozialdemokratisierung“ der Kommunen und nicht-katholischen Arbeiterschaft war somit in einer ersten Phase um 1956 weitgehend abgeschlossen.

---

<sup>37</sup> Rohe, Vom sozialdemokratischen Armenhaus, S. 517; vgl. auch die Kapitel von Uwe Dorow in dem Beitrag von Karl Rohe/Wolfgang Jäger/Uwe Dorow, Politische Gesellschaft und politische Kultur, in: Ruhrgebiets-handbuch, Bd. 2, S. 493-507, hier: S. 497.

<sup>38</sup> Die Gründung von SPD-Betriebsgruppen verfolgte den wesentlichen Zweck, die KPD in den Betrieben zurückzudrängen. Aufschlußreich hierfür das Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären des SPD-Bezirks Westliches Westfalen am 15.3.1947, dokumentiert in: Christoph Kleßmann/Peter Friedemann, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946 bis 1948, Frankfurt a.M. 1978, S. 111-114.

<sup>39</sup> Vgl. Bernd Faulenbach, Mitbestimmung und politische Kultur im Ruhrgebiet, in: Helmut Martens/Gerd Peter (Hg.), Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung, Wiesbaden 1989, S. 216-228, sowie ders., Neues sozialdemokratisches Milieu.

<sup>40</sup> Alexander von Plato, „Der Verlierer geht nicht leer aus“. Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin 1984, S. 188; Holtmann, Die neuen Lassalleaner, S. 170f.

Die Bildung einer Düsseldorfer Koalitionsregierung aus SPD, FDP und Zentrum unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff im gleichen Jahr war mehr als ein zweijähriges Intermezzo, unterstrich die SPD damit doch in dem größten Bundesland ihre Koalitions- und Regierungsfähigkeit. Dies war um so bedeutsamer, als die Ruhrgebiets-SPD im Landtag nicht so rasch vorgezogen war wie in den Gemeinden.<sup>41</sup> Vertrauen und Zustimmung gewann die SPD über ihre Betriebs- und Stadtteilarbeit, die bis heute einen legendären pragmatischen Ruf genießt, weil sie sich ebenso von ideologischer Prinzipienreiterei wie populistischer Prinzipienlosigkeit absetzte. Bei der Landtagswahl von 1958 erlitt sie sogar einen schweren Rückschlag und mußte wieder von der Regierungs- auf die Oppositionsbank wechseln, doch verlief der Aufstiegsprozeß bis zu den Landtagswahlen von 1966, bei denen sie nur knapp die absolute Mehrheit verfehlte und anschließend eine sozialliberale Koalition bilden konnte, um so stürmischer. Zu diesem Siegeslauf trug das Ruhrgebiet, in dem immerhin jeder dritte nordrhein-westfälische Wahlberechtigte wohnte, maßgeblich bei. 40% der SPD-Stimmen, aber lediglich 26% der CDU-Stimmen kamen denn auch aus den Städten und Kreisen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet.<sup>42</sup>

Die Modernisierung der SPD schritt in den 60er Jahren - also im Zusammenhang mit dem Durchbruch bei den Landtags- und Bundestagswahlen - rasch voran. Die Widerstände der mächtigen Bezirke gegen die Bildung eines Landesverbandes wurden überwunden, und an seine Spitze trat der begabte Bundestagsabgeordnete Heinz Kühn, der mit Verve für die Reform von Partei und Gesellschaft eintrat. Das, was jüngere Unneraner Sozialdemokraten in einem „Bergheimer Memorandum“ nach der Niederlage bei der Bundestagswahl von 1953 noch nachhaltig eingeklagt hatten, die Überwindung eines überständigen Traditionalismus zugunsten der Umwandlung der SPD in eine „echte Volkspartei“,<sup>43</sup> nahm in den 60er Jahren endlich konkrete Gestalt an, als der alte Parteiparat zurückgedrängt und die „Weimarer“ Funktionäre der Partei abgelöst wurden. An die Stelle von Parteisekretariaten traten Bürgerbüros. Die alten Fuhrmänner der Partei wichen den aufstrebenden politischen Machern aus den neuen Mittelschichten.

Angesichts der krisenhaften Entwicklung im Bergbau - im Februar 1958 wurden die ersten Freischichtenverfahren -, ihrer wirtschaftsliberalen Ausrichtung unter Ludwig Erhard und der offensichtlichen Vernachlässigung des Ruhrgebiets zugunsten anderer Landesregionen büßte die CDU an wirtschaftspolitischem Ansehen ein und verlor spürbar an Vertrauen auch unter ihren katholischen Arbeiterstammwählern im Ruhrgebiet.<sup>44</sup> Diese Tendenzen spiegelten nicht nur die Landtags-, sondern auch die Bundestagswahlergebnisse wieder.

---

<sup>41</sup> Vgl. Wolfgang Bick, Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen von 1947 bis 1985: Trends und Wendepunkte in der politischen Landschaft, in: Alemann (Hg.), Parteien und Wahlen, S. 189-210.

<sup>42</sup> Ebd., S. 203.

<sup>43</sup> Das Memorandum in: Holtmann, Die neuen Lassalleaner, S. 205-208.

<sup>44</sup> Zur Problematik vgl. allg. Karl Lauschke, Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958-1968, Marburg 1984.

Im Ruhrgebiet kann die erste Bundestagswahl ebenfalls als letzte „Reichstagswahl“ gewertet werden.<sup>45</sup> Insgesamt wuchs das sozialistische Wählerlager - gemessen an den Wahlberechtigten - nur um rund 4 Prozentpunkte gegenüber der Reichstagswahl vom November 1932. Angesichts einer höchst problematischen Wahlkampfführung profitierte die SPD im wesentlichen vom Abstieg der KPD.<sup>46</sup> Die Bundestagswahl von 1953 brachte der SPD weitere, leichte Zugewinne und unterstrich die Bedeutung des Ruhrgebiets für das Gesamtstimmenergebnis der SPD, doch konnte die dominierende Stellung der CDU noch nicht gebrochen werden; in Unna verlor die SPD sogar das Direktmandat an die Union. Trotz der kommunalpolitischen Hegemonie der SPD gelang es der CDU bei der Bundestagswahl von 1957 wiederum, die Mehrheit der Bundestagsmandate im Ruhrgebiet zu erobern. Erst mit der Bundestagswahl von 1961, in der die SPD nach dem Bau der Berliner Mauer nicht nur einerseits einen betont nationalen Wahlkampf - nicht im herkömmlichen Schumacherschen Sinne, sondern im Zeichen der Politik der „Gemeinsamkeit“<sup>47</sup> - führte, andererseits ein vom US-amerikanischen Vorbild inspiriertes „campaigning an Rhein und Ruhr“ betrieb, bei dem der neue Spitzenkandidat Willy Brandt den „blauen Himmel“ über der Ruhr versprach, konnte eine Trendwende eingeleitet werden. Mit fast 7,5 Prozentpunkten bei den gültigen Stimmen lag die SPD nun in der urbanen Kernzone des Ruhrgebiets klar vorn. Vier Jahre später koppelte sich das Bundestagswahlergebnis der SPD im Ruhrgebiet signifikant vom Bundesdurchschnitt ab: Mobilisierte die Partei bundesweit lediglich 39,3% der Wahlberechtigten, so waren es im Revier 54%. Diese Bundestagswahlergebnisse schlossen die Neuordnung der politischen Landkarte ab: Sie dehnten die Hochburgen der SPD endgültig, von den gewerblich-evangelischen Gebieten im Südwesten des Ruhrgebiets ausgehend, nun auch nach Nordosten aus.<sup>48</sup>

Ein Geheimnis des Erfolgs lag darin, daß es der SPD im Zuge der 60er Jahre gelang, den „Sperrfaktor“ der katholischen Religion (Uwe Dorow) sukzessive zu überwinden. Die Schrumpfung des Katholikenanteils im Revier, das Zurücktreten der Kirche als Organisator eines Anschauungssystems, die Entdramatisierung und partielle Stilllegung des Konfessionskonflikts sowie die Vergesellschaftungskrise des katholischen Milieus, die seit den 50er Jahren durch den Niedergang des Sozialkatholizismus, der sich weder in der Gewerkschaftsbe-

---

<sup>45</sup> Vgl. Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt a.M. 1992; Bovermann, Das „rote“ Rathaus, S. 176.

<sup>46</sup> Vgl. Jürgen Niemann, Auftakt zur Demokratie. Der Bundestagswahlkampf 1949 zwischen Improvisation und Ideologie, Bochum 1994.

<sup>47</sup> S. Beatrix W. Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990.

<sup>48</sup> Bezogen auf das KVR-Gebiet vgl. die Analyse von Wolfgang Bick, 30 Jahre Bundestagswahlen im Ruhrgebiet - Die politische Landkarte verändert ihre Struktur, in: Ruhrgebiet aktuell 9 (1986), Ausgabe Dezember, S. 4-10. Zu den Ergebnissen der Wahlen s. die Tabellen bei Rohe, Vom sozialdemokratischen Armenhaus, S. 533f.

wegung noch in der CDU erfolgreich behaupten konnte,<sup>49</sup> signalisiert wird, lockerten die politischen Bindungen an die CDU. Der Verlust der Zentrumstradition sicherte der CDU im Bund eine beherrschende politische Stellung, im Ruhrgebiet kostete er langfristig die Fähigkeit zur strukturellen Mehrheitsbildung.

Die Ablösung von traditionellen Wählerbindungen muß freilich nicht automatisch neue Bindungen an eine andere Partei nach sich ziehen. Im Ruhrgebiet zeigte sich jedoch, daß die SPD nicht zufällig von einem sozial-kulturellen Modernisierungsprozeß profitierte und mehr war als der traditionslose, politische Ausdruck eines neuformierten Milieus der 'kleinen Leute'.<sup>50</sup> Vielmehr gewann die SPD in den 50er Jahren als klassische Reformpartei der Industriearbeiterschaft mit einer starken antimilitarischen und antikapitalistischen Disposition - wie die Protestbewegungen gegen die Remilitarisierung und Atomrüstung zeigten - an Boden, wobei sie in manchen Bergbaurevieren die Formen einer Art Labour Party annahm, bis sie sich - in regional unterschiedlichem Maße - seit Beginn der 60er Jahre in eine linke Volkspartei auf starkem Arbeitnehmerfundament wandelte, die nun jedoch eine breite Mehrheit der modernen Mittelschichten an sich binden konnte.

Das politische Erfolgsrezept der Ruhrgebiets-Sozialdemokratie bestand darin, weltanschauliche Konflikte zu „privatisieren“ und den sozialökonomischen Interessenkonflikt auf eine Weise zu thematisieren, die Verlässlichkeit und politischen Pragmatismus verband. Unwillkürlich griff sie die durch die sozialpolitischen Versprechen des NS-Regimes angetriebenen, seit den dreißiger Jahren breit heraufziehenden neuartigen Zukunftshoffnungen der Industriearbeiterschaft und der Mittelschichten nicht nur auf, sondern löste sie auch ein.<sup>51</sup> Ihre - wenn man in Anlehnung an Maurice Merleau-Ponty so will - Strategie der Öffnung sozialer Räume, d.h. der sozialen, ökonomischen und politischen Chancen- und Horizontenerweiterung, erwies sich angesichts des allgemeinen Modernitätsrückstandes als un-  
gemein erfolgreich, zumal sie über eine bloße Stellvertreterpolitik hinausdrängte.

Im Zusammenhang mit den allgemeinen Modernisierungstrends der bundesdeutschen Gesellschaft gelang es ihr so, Zugang zu den Vergemeinschaftungsformen des bislang „feindlichen“ katholischen Milieus zu finden, bestehende sozialformative Vergesellschaftungsinstitutionen zu mediatisieren bzw. neue aufzubauen, für die Überwindung von Milieugrenzen hinderliche Konfliktlinien wie den Konfessionsgegensatz einzuebnen, ihr hingegen förderli-

---

<sup>49</sup> Herbert Kühr, Die Katholische Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Karl Rohe/ Herbert Kühr (Hg.), Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Beiträge zur regionalen Politikforschung, Königstein/Ts. 1979, S. 74-92; Wolfgang Schröder, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960, Bonn 1992.

<sup>50</sup> So Rohe, Vom sozialdemokratischen Armenhaus, S. 530f.

<sup>51</sup> Vgl. hierfür insbesondere die Argumentation bei Ulrich Herbert, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft, S. 35.

che - wie die sozialstrukturelle oder lokalistische oder regionalistische Konflikt- und Abgrenzungslinie<sup>52</sup> - zu dramatisieren.

IV. Das Ruhrgebiet gab als traditionslose, hochindustrialisierte Einwanderungsregion geradezu ein Exerzierfeld für organisierte Politik ab.<sup>53</sup> Wie großindustrielle Arbeitsprozesse, Wohnsiedlungen oder ärztliche Versorgung wurden die ins Revier geströmten Menschenmassen entlang sozialökonomischer Interessen, Konfessionen, Weltanschauungen und ethnisch-kultureller Traditionen „organisiert“ oder organisierten sich. Mehr als andere Regionen erscheint die Geschichte des Ruhrgebiet als eine Geschichte von Organisation und von Organisationen. Vor diesem Hintergrund ist es um so dringlicher, daß endlich eine sozialhistorisch und politikwissenschaftlich fundierte Organisationsgeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet geschrieben wird. Auch wenn eine Interpretation, die die „Sozialdemokratisierung“ des Ruhrgebiets als einen erfolgreichen politischen Prozeß der Verwurzelung einer spezifischen politischen Deutungskultur in eine spezifische Sozialkultur beschreibt, sich als durchaus fruchtbar und anregend für weitere Forschungen erweisen dürfte, so klammert sie doch die konkrete Untersuchung organisierter Politik aus. Genau diese sollte aber analysiert werden, um Aufschluß darüber zu geben, wie Deutungsmacht über sozialökonomische Prozesse und politische Vorgänge in eine sich regional wandelnde Sozialkultur implementiert wird. Hierfür erscheint es zunächst angebracht, den in diesem Stadium letztlich vernebelnden Begriff der „Sozialdemokratisierung“ solange fallenzulassen, bis die Organisation von Politik und politischer Organisation von Interessen empirisch analysiert ist.

Mitnichten soll hierbei einer Renaissance der überholten Organisationsgeschichte das Wort geredet werden - wengleich eine klassisch-solide Organisationsgeschichte der Ruhrgebiets-Sozialdemokratie nicht von Nachteil sein müßte. Die Geschichte des Ruhrgebiets vor und nach 1945 war immer auch eine Geschichte des Widerstreits von organisierten Politiken, ebenso wie die Geschichte der Ruhrgebiets-Sozialdemokratie immer auch eine Geschichte des - bisweilen erbittert geführten - politischen Kampfes gewesen ist. Über ihn, über seine ökonomischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen und Sonderbedingungen, über die Kombattanten, über deren Motive, Methoden und Ziele, ihre Erfolge und Mißerfolge wissen wir immer noch viel zu wenig, als daß wir schon reinen Herzens von der „Sozialdemokratisierung einer Region“ reden können.

---

<sup>52</sup> Als „Bochumer Stil“ oder „Dortmunder Konsens“ wurde der ‚lokalpatriotische‘, korporatistische und konsensual orientierte Stil der Bochumer bzw. Dortmunder SPD bezeichnet. Franz-Josef Jelich, Von der Weimarer Zeit zur Nachkriegszeit - Kontinuität und Diskontinuität der SPD, in: Neuer Aufbruch zu alten Ufern?, S. 36.

<sup>53</sup> Zum Begriff der organisierten Politik s. Karl Rohe, Regionalkultur, regionale Identität und Regionalisierung im Ruhrgebiet, in: Wolfgang Lipp (Hg), Industriegesellschaft und Regionalkultur, München 1984, S. 123-154, hier S. 143.